

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Neudorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niederwüllen, Subschnappel und Lirchheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

55. Jahrgang.

Nr. 279

Veranschlagt
Nr. 7.

Freitag, den 1. Dezember

Telegrammadresse: 1905.
Tageblatt.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) nachmittags für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 50 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwanzigerstraße 397, alle Kaiserlichen Postämtern, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfennigen berechnet. Im arabischen Teil kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfennige. — Inseraten-Aannahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume bleiben
Sonnabend, den 2. Dezember
die Registratur, das Standesamt und das Polizei- und Meldeamt
Montag, den 4. Dezember bis 3s.
die Sparkasse, die Stadtkasse und Steuereinnahme, sowie das Stadtbauamt
geschlossen.
Lichtenstein, am 29. November 1905.
Der Stadtrat.
Stedner,
Bürgermeister.

Stadtsparkasse Gallenberg

verzinst alle Einlagen mit

3 1/2 %

Die an den ersten drei Tagen eines Kalendermonates bewirkten Spareinlagen werden für den vollen Monat verzinst.

Die Kasse expediert an jedem Werktag von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags und behandelt alle Geschäfte streng geheim.

Die neuen Reichssteuern

o. Auf keinen Fall gehört es zu den Annehmlichkeiten des Lebens, Steuern zahlen zu müssen, und man sagt, daß selbst Steuerbeamte an zu heutigen sangen, wenn sie Steuern zahlen sollen. Allein in einem geordneten Staate geht es nun einmal nicht ohne Steuern ab, und es wird bei neueröffneten Reichstages Hauptaufgabe sein, neue Reichssteuern zu bewilligen, damit das große, von Jahr zu Jahr wachsende Loch im Reichsäckel endlich einmal zugestopft werden kann. Was bis jetzt über die so notwendige, seit Jahren herbeigeführte Reichsfinanzreform veröffentlicht worden ist, hat jedoch wenig freudigen Widerhall im deutschen Volke gefunden. Frhr. v. Stengel hat ein ganzes Buletten von neuen Steuern auf den Tisch des Hauses niedergelegt und sich ansehnend die größte Mühe gegeben, daß keiner der Herren Steuerzahler dabei übergangen worden ist. Aber die Kunst, es Allen recht zu machen, versteht er eben auch nicht. Und bei den Steuern hat jeder mehr oder weniger den heimlichen Wunsch im Busen, daß sie doch besser die Anderen zahlen könnten. Je weniger man mit Gründen operieren kann, desto mehr behilft man sich mit Schlagworten, und für den Fall, daß die Herren Reichsboten daran bei der bevorstehenden Finanzgehebeldebatte Mangel empfinden sollten, wollen wir nicht versäumen, ihnen mit etlichen unter die Arme zu greifen. Bei der Tabaksteuer, die ja auch wieder auf der Bildfläche erscheint, spricht man vom „Reißen des armen Mannes“, was nach unten hin seine Wirkung niemals verfehlt; bei der Bier- oder Branntweinsteuer nimmt es sich sehr gut aus, über das bekannte „Gläschen des armen Mannes“ lange Reden zu schwingen. Auch im gegenwärtigen Reichstag wird es an derartigen Schlagworten, welche vielfach die Gründe erzeugen müssen, nicht fehlen, wiewohl nicht zu verkennen ist, daß es unser Reichschatzmeister den Herren M. d. R. nicht gerade leicht gemacht hat. Er hat sich nämlich die erdenklichste Mühe gegeben, mit den neuen Steuern nur oder hauptsächlich die stärkeren Schultern zu belasten. So sollen bei der geplanten Tabaksteuer hauptsächlich die teuren Zigarren und die Zigaretten, die bis jetzt noch ein Genussmittel der wohlhabenden Stände bildeten, herangezogen werden; bei der geplanten Biersteuer sollen die einfachen Biere nach Kräften gespart werden. Bier und Tabak sind ja keine Nahrungs-, sondern Genussmittel, ohne die Tausende von Menschen leben können, und wenn wir bedenken, daß das deutsche Volk in einem Jahr ca. 3000 Millionen Mark durch die Kehle rollen läßt, so kann man nicht befürchten, daß es bankrott werden wird, wenn das Bier noch etwas mehr belastet würde, zumal wenn die neue Steuer den Verbrauch leichterer Biere durch die unteren Volksschichten, wie angekündigt und an sich nur recht und billig ist, tatsächlich schonen und als Aufwandssteuer auf den beschränkten Verbrauch teurer Sorten in den oberen Klassen auftreten sollte. Ebenso wenig wird man bei der beabsichtigten Automobilsteuer das Klageged des armen Mannes singen können, fernermal das Automobil des armen Mannes noch nicht erfunden ist oder höchstens in seinen beiden leibhaftigen Beinen besteht. Wenn irgend eine Steuer populär zu werden verspricht, so ist es diese, und es wird zu allgemeiner Befriedigung dienen, wenn die Herren Autler für den Staub und den Gestank,

den sie in die Welt bringen, etwas hochgenommen werden.

Weniger angenehm dürfte die große Mehrheit durch die Besteuerung der Personensfahrkarten und die Quittungssteuer berührt werden. Wenn auch bei letzterer Beträge unter 20 Mk. außer Betracht bleiben sollen und bei ersterer ebenfalls eine Abstufung eintreten soll, welche die wohlhabenden Schichten stärker belastet, so ist es doch keineswegs ein angenehmer Gedanke, wenn man für jede Fahrkarte, die man dem Staat abkauft, demselben Staate auch noch eine Steuer geben muß. Das hätte Sinn, wo es sich um Privatbahnen handelt, aber bei unseren Staatsbahnen kommt es einer doppelten Besteuerung gleich.

Am meisten umstritten ist die Reichserbschaftsteuer, weil die meisten Staaten eine Erbschaftsteuer bereits erheben und sich durch die Reichserbschaftsteuer in ihren Steuerquellen beeinträchtigt fühlen. Um die Einzelstaaten vor Schaden zu bewahren, ist geplant, den dritten Teil des Erbschaftsteuerertrags unter allen Umständen den Einzelstaaten vorzubehalten. Da Erbschaften bis zu 300 Mk. steuerfrei sein sollen und bis zu 50000 Mk. der Mindestsatz angenommen werden soll, der sich nach oben erhöht, je nach dem Verwandtschaftsgrad, so sind auch bei dieser Steuer die schwachen Schultern möglichst geschont, so daß auch hier der Recpsen sozialen Oeles nicht vermisst wird.

Wie die einzelnen Parteien über diese Steuerbuletten denken, wird man ja bald hören. Wenn auch hier und da etwas gemäkelt und abgehandelt werden wird, so dürfte im Allgemeinen an der Sache wenig geändert werden können. Denn darüber sind alle einig, daß eine Reichsfinanzreform notwendig ist. Dazu aber brauchen wir etwa 230 Mill. Mk., und wer auf der einen Seite etwas abhandelt, muß auf der anderen Seite etwas zulegen. Eine Steuerquelle ablehnen, ohne dafür eine andere gleichwertige namhaft zu machen, das geht nicht, ohne daß die ganze Finanzreform ein Loch bekommt. Und so fortzumusteln, wie bisher, das wollen wir doch auch nicht!

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

(Eigen-Bericht). ab. Berlin, 29. Nov. 1905.

Die heutige Sitzung war der Wahl des Vorstandes gewidmet. Wie vorausgesehen war, wurde der frühere Vorstand wiedergewählt: Graf Vasseström, Kandidat der „regierenden“, Präsident, Graf Stolberg erster, Dr. Paasche zweiter Vizepräsident. Dieses von jedermann vorausgesehene und von niemand bezweifelte Resultat wurde in endlosen namentlichen Abstimmungen erzielt, die sich in ermüdender Gleichförmigkeit kundentun. Wie immer figurierten die 60-70 sozialdemokratischen Stimmen entweder in ungeschuldbvoller Weise oder vereinigten sich demonstrativ auf den Abg. Singer, wie immer gab es vereinzelte Stimmen, die, wie um die bei dieser Gelegenheit althergebrachte Heiterkeit zu erregen, auf die Herren Liebermann v. Sonnenburg, Stadthagen, Wurm usw. lauteten, wie immer für die ganze übrige Masse der Wahlstimmen den erwähnten Kandidaten zu. Und nur irrsinnig gabs kleine

Abweichung vom althergewohnten Bilde, als die Zahl der erschienenen Abgeordneten sehr stattlich war, nahezu 300! Das nahm dann Graf Vasseström in der Rede, durch die er sich für die Wahl bedankte, auch sogleich zum Anlaß, die Reichsboten zu ermahnen, diesem guten Anfang die gute Folge nicht fehlen zu lassen. In gar beweglichen Worten schilderte er die peinliche Lage, in der er sich auf dem Präsidienstuhl befindet, wenn über ihm und dem Hause „das Damoklesschwert der Beschlussunfähigkeit“ beständig schwebt, und er heute in die tiefste Kerbe der Thronrede, indem er auch die „ernsten Zeiten, erst nach innen und außen“ herbeizog, um die Gewissenhaftigkeit der Volksvertreter zu schärfen.

Daß diese „ernsten Zeiten“ die Volksvertreter aufs lebhafteste beschäftigen, ist zwar außer allem Zweifel. Dafür zeugten die lebhaften Diskussionen, die im Sitzungssaal und im Wandelgang zwischen den Parlamentariern stattfanden, zur Genüge. Ob sie aber hinreichend sein werden, das Gespenst der Beschlussunfähigkeit aus dem Hause zu verschrecken, muß die Zukunft lehren. Nach der Lebhaftigkeit zu urteilen, mit der gestern und heute die Reichsboten die vorliegenden Fragen während der langweiligen geschäftsmäßigen Sitzungen unter sich verhandelten, erscheint die Hoffnung nicht ohne Grund, daß die Beteiligung an den kommenden Sitzungen recht lebhaft werden wird. Auf allen Seiten des Hauses empfindet man die bevorstehende Tagung als eine der wichtigsten, die je dagewesen sind. Es charakterisiert sie zur Genüge, daß, was noch nie dagewesen ist, die Reichsregierung dem Reichstage schon vor seiner Eröffnung nicht weniger als 35 Vorlagen zugestellt hat, und die leichte Verbeugung, die bei Erwähnung dieser Tatsache Graf Vasseström der Regierung machte, indem er sagte, die Herren Abgeordneten möchten sich dieses Zeugnis des Fleißes zum nachahmungswerten Beispiel nehmen, wurde ersichtlich nicht als eine bloße unverbindliche höfliche Redensart aufgefaßt. Es ist zweifellos, daß man in allen Parteien mit Eifer zum Streite rüstet, und selbst bei der fast automatisch vor sich gehenden Vorstandswahl deutete ein kleiner Umstand darauf hin, daß die Schärfe der Gegensätze recht deutlich in die Erscheinung treten dürfte. Das war, daß bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten die einzige nennenswerte Zahl von dissentierenden Stimmen sich zeigte. Nämlich zehn Stimmen lauteten auf den früheren Inhaber dieses Ehrenamts, den Abg. Büsing, und es ist wohl nicht zweifelhaft, daß diese Stimmen von der Freisinnigen Vereinigung herrührten, der bei immer merklicherer Rechtsabwärts des Abg. Paasche nicht mehr behaft. Und schon morgen dürfte es zu heftigen Zusammenstößen kommen, da eine der brennenden Tagesfragen, die Fleischsteuerung, zur Verhandlung kommen wird; der Präsident hat die betreffende sozialdemokratische Interpellation auf die Tagesordnung gesetzt. Unter solchen Umständen wurde es vielfach kommentiert, daß zwei der markantesten Führer fehlen: der Abg. Spahn, der Leiter des Zentrums, der in Folge seiner Beförderung zum Oberlandesgerichtspräsidenten sein Mandat niederlegen mußte (das ihm aber seine Wähler zweifellos wiedergeben werden) und